

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>  GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  vom: 30.04.2014 eingegangen: 30.04.2014	Gremium:	<b>62. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>01.07.2014</b> <b>2014/0600</b> <b>17</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 4</b>
<b>Mobilität für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Karlsruhe</b>		

Der KVV hat zwischenzeitlich mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 84, Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) einen Lösungsvorschlag erarbeitet. Dieser sieht eine Fahrtberechtigung im Stadtgebiet Karlsruhe vor. Die Kosten hierfür sollen vom Land übernommen werden. Der vereinbarte Preis bedarf der Zustimmung des Integrationsministeriums. Die Landeserstaufnahmeeinrichtung kümmert sich um das entsprechende Verfahren. Bis dato (11.6.14) liegt noch keine Antwort des Integrationsministeriums vor.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages <span style="float: right;">nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/></span>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:	
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	